

AKTIV

Vom Umweltinstitut Muenchen e. V.:

Längst hat es sich herumgesprochen, dass die Produktion von **"Bio"-Sprit katastrophale Auswirkungen für Mensch und Natur** hat. Und so weiß natürlich auch die Europäische Union, dass Ölpalm-Plantagen eine verheerende Bilanz haben: Menschen werden mit Gewalt vertrieben, das Ökosystem Regenwald wird unwiderruflich vernichtet, gigantische Mengen CO2 werden freigesetzt. Was bleibt, sind öde Monokulturen, vollgepumpt mit Herbiziden und Pestiziden, auf denen außer Ölpalmen nichts mehr lebt ..

Protest-Mail an die zuständigen EU-Kommissare: <http://umweltinstitut.org/oelpalmpalantagen> (nach unten scrollen)

=====

CHEMIKALIEN - BISPENOL A

03. 03. 2010

Umstrittene Chemikalie - Bisphenol A erzeugt Diabetes

Bisphenol A ist in vielen Alltagsgegenständen enthalten und ist schädlich für die Gesundheit. Nun berichten Wissenschaftler, dass die Substanz möglicherweise auch Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen auslösen könnte. Die in vielen Alltagsgegenständen enthaltene Chemikalie Bisphenol A erhöht möglicherweise auch das Risiko für Diabetes und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Über diesen Verdacht berichtete der Würzburger Mediziner Gilbert Schönfelder auf einem Symposium der Deutschen Gesellschaft für Endokrinologie in Leipzig.

Die Substanz gehört nach Angaben des Mediziners zu den am meisten produzierten Chemikalien und wird unter anderem bei der Herstellung von Plastikverpackungen, der Innenauskleidung von Lebensmitteldosen oder auch in der Innenverkleidung von Kraftfahrzeugen eingesetzt.

Es ist bereits bekannt, dass Bisphenol A bei Ungeborenen und Kleinkindern Hirnschädigungen hervorrufen kann. Erst kürzlich brachte eine Studie Bisphenol A mit Erektions- und Ejakulationsproblemen bei Männern in Verbindung.

Die Substanz wirke wie das Hormon Östrogen, so Schönfelder und könne in das Reproduktionssystem eingreifen. Bei Ungeborenen löse Bisphenol A Effekte aus, die normalerweise erst nach der Pubertät eintreten, warnte Schönfelder. Er nannte in diesem Zusammenhang das Diethylstilbestrol, das in den USA zu Fehlbildungen und Tumorerkrankungen an den Fortpflanzungsorganen von Mädchen und Jungen geführt habe.

Laut Schönfelder sind die genauen Auswirkungen solcher Substanzen noch nicht ausreichend erforscht. Anzunehmen sei jedoch, dass die Dosis und der Zeitraum, in denen der Organismus ihnen ausgesetzt sei, für die Entwicklung unerwünschter Effekte ausschlaggebend sei. Zudem gebe es keine lineare Beziehung zwischen Dosis und Wirkung von Bisphenol A und ähnlichen Substanzen.

2008 hatte eine Untersuchung des staatlichen US-Gesundheitsinstitut NIH gezeigt, dass BPA schwere Auswirkungen auf die Entwicklung des Gehirns bei Föten und Neugeborenen haben kann. Im vergangenen März verpflichteten sich daraufhin in den USA sechs große Hersteller von Babyschnullern, kein BPA mehr zu verwenden. Außerdem wurde ein Gesetzesentwurf eingebracht, der in den USA die Nutzung von BPA bei allen Arten von Lebensmittelbehältern verbieten soll. Der Stoff wird aber auch in anderen Bereichen genutzt, unter anderem bei Zahnersatz.

<http://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/0,1518.druck-681524.00.html>

Programm des Symposiums in Giessen: <http://www.giessen2009.de/download/programm.pdf>

Aus: Ausgewählte Fragen und Antworten zu „Bisphenol A in Babyfläschchen und –saugern“
Aktualisierte FAQ vom 7. Januar 2010 vom Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR): (
<http://www.bfr.bund.de/cd/7195#a31285>)

Warum wird Bisphenol A nicht verboten?

Nach sorgfältiger Prüfung aller Studien, insbesondere auch der Studien im Niedrigdosisbereich von Bisphenol A, kommt das BfR in seiner wissenschaftlichen Bewertung zu dem Ergebnis, dass für Säuglinge und Kleinkinder aus der üblichen Verwendung von Polycarbonatflaschen kein gesundheitliches Risiko durch Bisphenol A resultiert. Mit dieser Einschätzung steht das BfR nicht allein: Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) und die amerikanische Lebensmittelsicherheitsbehörde (FDA) teilen diese Bewertung. Auch Japan, das eigene Untersuchungen zur Bisphenol A-Problematik durchgeführt hat, sieht keinen Anlass für ein Verbot. Für die Abgabe von Bisphenol A aus Polycarbonat gibt es einen gesetzlich verbindlichen Grenzwert, dieser beträgt 0,6 Milligramm pro Kilogramm Lebensmittel. Das bedeutet: Bei Einhaltung dieses Grenzwertes wird die von der EFSA abgeleitete tolerable tägliche Aufnahme (TDI) maximal zu 20% ausgeschöpft, wenn ein 60 kg schwerer Mensch ein Kilogramm Lebensmittel mit Bisphenol A verzehrt. Aufgrund der vorhandenen Expositionsdaten geht das BfR aber davon aus, dass die tatsächliche Aufnahme von Bisphenol A über Lebensmittel sehr viel geringer ist.

Wenn dem BfR Hinweise auf gesundheitliche Risiken für den Verbraucher vorliegen, informiert das Institut die Behörden, die der Gesetzgeber für die Regulierung benannt hat, und natürlich die Öffentlichkeit. Darüber hinaus könnte das BfR ein Verbot für den Einsatz von Bisphenol A aus zwei Gründen gar nicht aussprechen: Erstens ist die Verwendung der Substanz auf europäischer Ebene geregelt. Zweitens arbeitet das BfR ausschließlich mit dem gesetzlichen Auftrag, Risiken zu bewerten, darüber zu kommunizieren und Handlungsoptionen für deren Minimierung zu unterbreiten.

Kommentar Scherrmann:

Immer das gleiche: Bevor gehandelt wird (z. B. Verbot von Bisphenol A in Babyartikeln, inklusive Kontrolle und empfindliche Strafen bei Zuwiderhandlung), wird auf die angeblich nicht eindeutige Forschungslage hingewiesen. (siehe auch unten unter BfR) Fuer ein Mehr an Nachweis gibt es aber zu wenig Forschungsmittel, also kann alles beim alten bleiben.
Interessant ist auch, dass die Meldung des SPIEGELs in den Onlinediensten des Deutsches Ärzteblatts (<http://www.aerzteblatt.de>) und der Aerztezeitung (<http://www.aerztezeitung.de>) NICHT erwaeht wird.

=====

CHEMIKALIEN - BLEI

08.03.10

Blei unter Depressions-Verdacht / Hohe Konzentration des Schwermetalls im Blut erhöht Krankheitsrisiko

Baierbrunn (ots) - Je mehr Blei jemand im Blut hat, desto größer ist sein Risiko, an einer schweren Depression oder Panikstörung zu erkranken. Das berichtet die "Apotheken Umschau" unter Berufung auf ein kanadisch-amerikanisches Forscherteam. Die Wissenschaftler haben 2000 junge US-Bürger auf den Zusammenhang von Bleikonzentration in ihrem Blut und depressiver Erkrankung untersucht. Während 6,7 Prozent der Teilnehmer mit geringer Belastung unter einer Depression litten, waren es in der stark belasteten Gruppe 8,1 Prozent. Für Panikstörungen war das Risiko sogar verdreifacht. Im Mittel fanden sich rund 16 Mikrogramm Blei pro Liter Blut. Dieser Wert ist auch aus Messungen in Deutschland bekannt und galt bislang nicht als bedenklich. ...
www.apotheken-umschau.de

Kommentar Scherrmann:

Auf der angegebenen Website zu „Wissenswertes über Angsterkrankungen und ihre Ursachen“ www.apotheken-umschau.de/angst ist nichts von Blei als moegliche Ursache zu finden. Die Erkenntnis ist uebrigens keinesfalls neu wie oben suggeriert wird.

Literatur zu Blei z. B. unter

<http://ehp03.niehs.nih.gov/search/simpleSearch.action?query=lead&x=23&y=8>

Suchfunktion der Zeitschrift "Environmental Health Perspectives" (EHP)

website: <http://ehp03.niehs.nih.gov/>

=====

CHEMIKALIEN - DUFTSTOFFE

Beduftete Wohlfahrtsmarken

Der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V. (BAGFW)

brachte Anfangs Januar eine neue Sonderpostwertzeichen-Serie heraus.

Die Wohlfahrtsbriefmarken bieten die Möglichkeit, durch Reiben einen Duftstoff freizusetzen. Die AG wirbt mit dem Slogan "Marken mit Herz".

Mehr unter <http://www.wohlfahrtsmarken.de>

Kommentar Scherrmann:

Im Antwortschreiben eines Vorstandmitglieds auf meine Einwaende und Fragen zeigt sich, dass die gesundheitsschaedlichen Auswirkungen der Beduftung in keiner Weise wahrgenommen werden. Es wird auch hier mit dem ueblichen Standartsatz argumentiert: "Bei der Beschaffung der verwendeten Duftöle wurde darauf geachtet, dass keine gesundheitsschädlichen Stoffe enthalten sind und Grenzwerte allergener Stoffe vergleichbarer Produkte nicht überschritten werden". Natuerlich wird mir nicht mitgeteilt, welche "unabhaengigen Institute" die Gesundheitsvertraeglichkeit prueften und von welcher Firma die Duftstoffe stammen.

Da immer mehr Menschen auf Duftstoffe, auch unterhalb der so genannten Grenzwerte, zum Teil heftig reagieren, kann ich nur dringend raten, diese Briefmarken nicht zu kaufen.

Für mich mutierte der Slogan "Porto mit Herz" zu "Porto ohne Herz und ohne Verstand".

=====

FEINSTAUB

05.02.10

Deutsche Umwelthilfe warnt Umweltausschuss vor EU-rechtswidriger Luftreinhalteverordnung

Berlin (ots) - DUH fordert Umweltpolitiker im Bundestag auf, die EU-Luftqualitätsrichtlinie vollständig und rechtskonform umzusetzen Der Verordnungsentwurf aus dem Umweltministerium widerspricht dem EU-Recht und schwächt die Rechte von Bürgern, die unter Feinstaub und Stickoxiden leiden

Die Bundesregierung versucht offensichtlich durch die Hintertür, die EU-Grenzwerte für Feinstaub, Stickstoffoxid und andere Schadstoffe aus dem Straßenverkehr zu umgehen. Mit einer Verordnung aus dem Umweltministerium soll die EU- Luftqualitätsrichtlinie so abgeschwächt werden, dass bis auf Weiteres praktisch keine Anstrengungen für eine bessere Luft gemacht werden müssten.

... Die EU-Luftqualitätsrichtlinie gilt unmittelbar als Mindeststandard in allen 27 Mitgliedsstaaten. Der vorliegende Vorschlag zur Umsetzung dieser EU-Richtlinie in nationales Recht verstößt eklatant gegen die EU-Luftqualitätsrichtlinie.", sagte DUH-Bundesgeschäftsführer Jürgen Resch. "Der Verordnungsentwurf ist deshalb eindeutig EU-rechtswidrig."

Bereits seit Jahren hätte die Bundesregierung ihr nationales Luftreinhalte recht an die seit Juni 2008 verbindliche EU-Luftqualitätsrichtlinie (2008/50/EG) anpassen müssen. Die EU-Luftqualitätsrichtlinie ergänzt die vorangegangenen EU-Richtlinien, die unter anderem Luftreinhaltepläne und Aktionspläne bei Überschreiten von Grenzwerten bei Feinstaubpartikeln und anderen gesundheitsgefährdenden Schadstoffen vorsehen. Dank dieser EU-Richtlinie für bessere Luft haben mehr als 40 deutsche Städte Umweltzonen eingerichtet.

... "Wenn die Bundesregierung sich durchsetzt, wird der Gesundheitsschutz der Bürger massiv verschlechtert", sagte Resch.

http://www.duh.de/pressemitteilung.html?&tx_ttnews%5Btt_news%5D=2155
www.duh.de

20. 01. 2010

Feinstaub - winzige Teilchen mit großer Wirkung

Der Feinstaub in der Großstadtluft stammt vor allem aus Dieselruß, Heizungen und Industrieanlagen. Die Partikel sind so klein, dass sie in Nase und Rachen nicht hängen bleiben, sondern ungehindert in die Lunge gelangen. Dort können sie Entzündungen, Asthma und sogar Krebs auslösen. ...

<http://www.aerztezeitung.de/medizin/krankheiten/atemwegskrankheiten/article/585002/feinstaub-winzige-teilchen-grosser-wirkung.html>

20. 01. 2010

Mehr Feinstaub und zuviel Stickstoffdioxid in der Luft

Berlin – Die Luft in den deutschen Großstädten lässt nach wie vor zu wünschen übrig. Die Stickstoffdioxidbelastung lag im vergangenen Jahr über dem ab 2010 geltenden Grenzwert, und die Feinstaubwerte stiegen weiter an, wie das Umweltbundesamt (UBA) am Mittwoch in Berlin mitteilte. „Es ist zu befürchten, dass der neue Grenzwert auch 2010 an vielen Orten nicht eingehalten wird“, erklärte UBA-Präsident Jochen Flasbarth....

<http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/39733/>

=====

CHEMIKALIEN - FLAMMSCHUTZMITTEL

1. 03. 2010

Leider nur in Englisch:

Kellyn S. Betts: Endocrine Damper? **Flame Retardants Linked to Male Hormone, Sperm Count Changes**

<http://ehp03.niehs.nih.gov/article/fetchArticle.action?articleURI=info%3Adoi%2F10.1289%2Fehp.118-a130b>

=====

CHEMIKALIEN - FORMALDEHYD - ASTHMA bei KINDERN

1. 03. 2010

Leider auch nur in Englisch:

Gerald McGwin, Jeffrey Lienert, John I. Kennedy:

Formaldehyde Exposure and Asthma in Children: A Systematic Review

Der ganze Artikel unter

<http://ehp03.niehs.nih.gov/article/fetchArticle.action?articleURI=info%3Adoi%2F10.1289%2Fehp.0901143>

Alle Artikel (also nicht nur die Abstracts) der Zeitschrift Environmental Health Perspectives (EHP) sind kostenlos herunterzuladen. Eingangssite: <http://ehp03.niehs.nih.gov/>

=====

CHEMIKALIEN - GEFÄHRSTOFFE

19.01.2010

Gefährstoffe ermitteln und beurteilen mit der IFA-Gefährstoffliste

Ein umfassendes, kompaktes und aktuelles Nachschlagewerk zum Thema Gefährstoffe hat das Institut für Arbeitsschutz der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (IFA) heute veröffentlicht. Die IFA-Gefährstoffliste enthält alle wichtigen Informationen, um Gesundheitsgefährdungen durch Gefährstoffe zu beurteilen. Sie ist eine kostenlose und praktische Unterstützung für Betriebe, Aufsichtsbehörden, Arbeitsmediziner und andere, die sich mit Gefährstoffen und Gesundheitsschutz befassen. ...

Die Gefährstoffliste kann unter www.dguv.de/ifa/gefahstoffliste heruntergeladen oder als Druckfassung über ifa-info@dguv.de kostenlos bestellt werden.

=====

CHEMIKALIEN - ORGANOCHLORVERBINDUNGEN

Iß keinen Jäger, schon gar keinen männlichen Von der höheren xenobiotischen Last des Räubers gegenüber dem Vegetarier und des Männchens gegenüber dem Weibchen

Seit Februar 2010 auf

<http://www.safer-world.org/d/chem/Organochlorverbindungen.htm>

Dank an die Uni Ulm, den folgenden Artikel aus "Uni Ulm Intern Mai 1996" kopieren zu dürfen.

Originalsite: <http://www.uni-ulm.de/uui/1996/int0596.htm#7>

Der Artikel ist auch im Jahre 2010 aktuell und brisant

=====

CHEMIKALIEN - PESTIZIDE

26.01.10

Von Greenpeace:

Die **Greenpeace-Tests auf Pestizidrückstände in Obst und Gemüse** seit dem Jahr 2001 haben zu Verbesserungen in Lebensmittelanbau und -handel geführt.

Doch nach wie vor sind Lebensmittel mit gesundheitsgefährdenden Pestiziden belastet. Außerdem werden hohe Konzentrationen einzelner Pestizide zunehmend durch geringe Dosen mehrerer gefährlicher Wirkstoffe ersetzt. Über die gefährlichsten Pestizide informiert Greenpeace jetzt mit einer neuen Studie.

Die "Schwarze Liste der Pestizide in Lebensmitteln II" aktualisiert und erweitert die erste Ausgabe aus dem Jahr 2008. Sie zeigt auf, welche besonders gefährlichen Pestizide zwei Jahre nach der Erstveröffentlichung noch immer eingesetzt werden. Greenpeace fordert von Landwirten, Handel und Politik, diese Wirkstoffe umgehend durch ungefährliche Methoden zu ersetzen.

Die Greenpeace-Liste ist Vorreiter für ähnliche Listen des Lebensmittelhandels. Die neue Studie vergleicht die in der Zwischenzeit von einzelnen Handelsgruppen entwickelten Pestizid-Listen.

Mehr unter www.greenpeace.de

Pestizid macht männliche Frösche weiblich Häufig verwendetes Atrazin wirkt als Hormongift Krallenfrösche veränderten ihr Geschlecht

Atrazin ist eines der weltweit am häufigsten verwendeten Pestizide. Einer Studie von Forschern der University of California in Berkeley <http://www.berkeley.edu> zufolge, kann die Substanz bei erwachsenen Fröschen zur Unfruchtbarkeit und sogar zur Geschlechtsumwandlung führen. In der

jüngsten Ausgabe des Wissenschaftsmagazins Proceedings of the National Academy of Sciences berichten die Forscher über die neuen Erkenntnisse.

In einer Studie wurden drei Viertel der männlichen Frösche mit dem Pestizid "chemisch kastriert". "Sie waren nicht mehr in der Lage sich zu vermehren", so Studienleiter Tyrone Hayes, Professor für integrative Biologie. Bei jedem zehnten männlichen Frosch kam es sogar zu einer Geschlechtsumwandlung. "Die männlichen Frösche litten unter Testosteronmangel und verloren all jene Fähigkeiten, die vom Hormon gesteuert werden", so der Forscher.

Studie: http://berkeley.edu/news/media/releases/2010/03/01_frogs.shtml
Deutscher Presstext: <http://www.presetext.de/pte.mc?pte=100303003>

=====

CHEMIKALIENBEWERTUNG

Von der ETH Zuerich

Eine Veröffentlichung aus dem Jahre 1999, jedoch immer noch in vielen Teilaspekten aktuell:

Chemikalienbewertung in Ökobilanzen

<http://www.lcainfo.ch/DF/DF%201%20bis%2012/df10.pdf>

=====

ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

05.02.2010

Neue Broschüre informiert über die Wirkungen von Elektromog und gibt Tipps zum Schutz

Das Umweltministerium von NRW bietet eine neue Broschüre zum Thema „Elektromog – Quellen. Wirkung. Vorsorge“ an. „Damit leisten wir einen Beitrag zur seriösen Information über dieses immer wieder aktuelle Thema“, sagt Umweltminister Eckhard Uhlenberg. Viele Bürgerinnen und Bürger befürchten gesundheitliche Risiken durch elektromagnetische Felder, denen sie zu Hause und im Beruf ausgesetzt sind: durch Handys, Mobilfunkantennen und andere Strahlungsquellen.

Neben der Information über den wissenschaftlichen Erkenntnisstand zu den Wirkungen gibt es konkrete Tipps, wie jeder Einzelne die Belastung durch Elektromog reduzieren und sich persönlich am besten schützen kann. Zudem wird aufgeklärt, welchen gesetzlichen Schutz es gibt. „Mit dieser Broschüre kann sich jeder ein Bild von den möglichen Auswirkungen des Elektromogs machen“, so Uhlenberg. Ziel sei es auch, den öffentlichen Dialog über die Chancen und Risiken der neuen Technologien zu befördern. <http://www.umwelt.nrw.de/umwelt/pdf/elektromog.pdf>

Aus dem Mobilfunk-Newsletter der Bürgerwelle e.V.:

9.02.2010

So gefährlich ist Handystrahlung

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/453/>

Haben Honigbienen Probleme mit dem Mobilfunk?

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/440/>

Kein Sender mehr im Kirchturm

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/442/>

15.02.2010

Blut verklumpt unter Handyeinfluss

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/423/>

Aufklärung über Mobilfunkrisiken wird an die Industrie delegiert

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/424/>

Mobilfunknetzbetreiber: Das große Versagen droht

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/425/>

Diskussion um Mobilfunkbetreiber

<http://www.buergerwelle.de:8080/helma/twoday/bwnews/stories/426/>

11. 01. 2010

Weniger als ein Drittel der Handys strahlungsarm

München – Weniger als ein Drittel der hierzulande verkauften Handys haben einem Test zufolge eine geringe Strahlenbelastung. Die meisten aktuellen Mobiltelefone würden den Grenzwert des Bundesumweltministeriums und der Jury Umweltzeichen nicht einhalten, berichtete die Zeitschrift „Chip Test & Kauf“ am Montag aus ihrer neuesten Ausgabe. Sie testete 191 Handys auf ihren Strahlenwert. ...

http://www.aerzteblatt.de/nachrichten/39611/Weniger_als_ein_Drittel_der_Handys_strahlungsarm.htm

=====

GRUENE GENTECHNIK

Vom Informationsdienst Gentechnik:

Standortregister: Gentechnik-Pflanzen nicht korrekt eingetragen

Wie Greenpeace berichtet, sind einige der vorsorglich für den MON 810-Anbau angemeldeten Flächen fehlerhaft im Standortregister eingetragen worden. Bei sechs von 24 angemeldeten Flächen in Bayern, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern stimmt entweder die Größe oder der Standort der Flächen nicht. Einige der Fehler sind auf Landwirte zurückzuführen, die im Moment Schadensersatz vom BVL fordern, weil sie letztes Jahr keinen Gentechnik-Mais anbauen durften. Interessant ist auch die vorsorgliche Anmeldung der Gentechnik-Kartoffel. Während in den letzten Jahren der Anbau der "Amflora" unter Versuchsanbau lief, wurde dieses Jahr ganz optimistisch ein kommerzieller Anbau angemeldet - für den Fall, dass die EU den Anbau noch rechtzeitig zulässt.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21395.html>

Kommerzieller Anbau von Gentechnik-Sojabohnen in Brasilien Der von BASF und Embrapa entwickelten herbizidtoleranten Gentechnik-Sojabohne ist von der brasilianischen Kommission für Biosicherheit CTNBio die Zulassung zum kommerziellen Anbau in Brasilien erteilt worden. Da Brasilien ein Soja-Exportland ist, muss nun auch ein Markt geschaffen werden. Für die Importländer, wie beispielsweise die EU, stehen die Genehmigungen allerdings noch aus. Eine Notwendigkeit zum Import von Gentechnik-Soja besteht in der EU nicht. ...

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21388.html>

Ein Herz für die Gentechnik-Industrie - 100 Tage Schwarz-Gelb Die Umweltverbände ziehen Bilanz nach 100 Tagen schwarz-gelbe Regierung. Ob beim Thema Gentechnik-Kartoffel Amflora, MON 810-Anbau-Verbot oder Ohne-Gentechnik-Kennzeichnung: Die neue Regierung legt mehr Wert auf Industrie-Interessen als auf Verbraucherschutz, so das Fazit von Greenpeace, NABU, BUND, WWF und DNR. Obwohl 70% der Verbraucherinnen und Verbraucher Gentechnik in der Landwirtschaft und im Essen ablehnen, setzt die neue Regierung auf Gentechnik-Pflanzen.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21377.html>

Superunkräuter durch Gentechnik

Die Versprechen der Gentechnik-Industrie sind groß: Mit der Ausweitung des Gentechnik-Anbaus sollen höhere Erträge für die Bauern erzielt und die Umwelt mit weniger Spritzmittel belastet werden.

Die Umweltorganisation Global 2000 zeigt nun erneut auf, dass das Gegenteil der Fall ist: Der Anbau von Gentechnik-Soja und -Baumwolle bringt den Landwirten in den USA zunehmende Schwierigkeiten. Das Problem liegt auf der Hand: Zwar sind die Pflanzen gegen Unkrautvernichtungsmittel durch gentechnische Verfahren resistent. Die Anwendung mit den Spritzmitteln soll dadurch vereinfacht werden. Doch auch Unkräuter wie die Pflanze Amaranthus Palmeri bilden bei immer gleicher Anwendung Resistenzen gegen das Monsanto-Gift Roundup.

<http://www.keine-gentechnik.de/news-gentechnik/news/de/21370.html>

Gentechnik-Mais: Gefahr für die Gewässer?

Wirkt sich der Anbau von Bt-Mais auf die angrenzenden Bäche und Seen aus? Interessant sind Untersuchungen zu Köcherfliegen. Denn sie sind eng verwandt mit Schmetterlingen, gegen die der Gentechnik-Mais durch sein Bt-Gift resistent ist. Und ihre Larven leben im Wasser. Das Bt-Gift wurde in teils hohen Konzentrationen in Gewässern nachgewiesen werden. Der NABU hat nun neueste Erkenntnisse zusammengefasst.

<http://www.nabu.de/themen/gentechnik/schutzgebiete/06632.html>

=====

NANOTECHNOLOGIE

Europäische Kommission veröffentlicht Durchführungsbericht zu Nanotechnologien.

5% der Forschungsmittel für Risikobewertung und Risikomanagement

Die Europäische Kommission hat ihren 2. Durchführungsbericht im Rahmen des Aktionsplans für Nanowissenschaften und Nanotechnologien veröffentlicht. In dieser Mitteilung kommt die Kommission zu dem Schluss, dass die derzeitige Strategie in den kommenden Jahren fortgesetzt werden soll und

...

[http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-](http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2267&nummer=130/2010&zg=13)

[bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2267&nummer=130/2010&zg=13](http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2267&nummer=130/2010&zg=13)

Tagung "Regulierung von Nanomaterialien -

Verantwortlicher Umgang mit verbrauchernahen Produkten

18. Februar 2010, Bundesministerium für Gesundheit in Wien

Tagungsprogramm: http://nanotrust.ac.at/BMG2010/20100218_programm.pdf

Vortrag: Sabine Greßler, René Fries:

Nanosilber in Kosmetika, Hygieneartikel und Lebensmittelkontaktmaterialien Produkte, gesundheitliche und regulatorische Aspekte

<http://www.bmg.gv.at/cms/site/attachments/3/4/7/CH0983/CMS1267090819397/nano-silber-studie.pdf>

=====

RADIOAKTIVITAET

4. 03. 2010

Aus Strahlentelex Nr.556-557, 24.Jahrgang

Strafanzeigen gegen Strahlenschutz-Berater der Regierung erstattet

Gegen vier verantwortliche Berater der Bundesregierung, deren Empfehlungen in die amtliche Strahlenschutzpraxis eingegangen sind, hat die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. jetzt im Januar 2010 Strafanzeige erstattet. Die Anzeige richtet sich gegen den Hannoveraner Prof. Dr. Rolf Michel, bisheriger Vorsitzender der Strahlenschutzkommission (SSK), den Essener Prof. Dr. U. W. Müller, Vorgänger von Michel als Vorsitzender der SSK, den Hauptberater in der Arbeitsgruppe „Freigabe“ der SSK, Dr. S. Thierfeldt, der Mitarbeiter der Firma Brenk-Systemplanung in

Aachen ist, und gegen Dr. G. Schaller vom Institut für Strahlenhygiene in Neuherberg bei München des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS). ...

„Weltniveau“ im Arbeitsschutz:

Professor Arndt und die Lungenfibrose bei Wismut-Bergleuten

Von Inge Schmitz-Feuerhake und Sebastian Pflugbeil

Zur Anerkennung einer Lungenfibrose bei Beschäftigten der früheren Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut (SDAG Wismut in Sachsen und Thüringen) als Berufskrankheit verlangt die Berufsgenossenschaft Bergbau (BBG) den Nachweis einer extrem hohen Lungendosis bei den Betroffenen. Lungenfibrosen in Folge von Staub sind jedoch ein typisches Berufsleiden von Bergleuten auch ohne Strahlenbelastung. Die BBG stützt ihre Haltung auf ein Gutachten von Prof. Dietrich Arndt, vormals führender Arbeits- und Strahlenmediziner der DDR. Kombinationswirkungen von Staub und Strahlung werden in dem Gutachten nicht untersucht, obwohl der Titel diesen Eindruck erweckt.

Tschernobyl-Folgen:

Geschlechterverhältnis bei der Geburt in Bayern nach Tschernobyl

Von Alfred Körblein

Im Januar 1987, 9 Monate nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl, war das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Geburten (Geschlechterverhältnis bei der Geburt) in Bayern signifikant um 5,5 Prozent gegenüber dem Trend der Jahre 1980 bis 1992 erhöht ($p=0,0185$). Außerdem zeigt sich in diesem Monat ein signifikanter Anstieg des Geschlechterverhältnisses um 0,29 Prozent pro Kilobecquerel Cäsium-137 pro Quadratmeter (kBq/m^2 Cäsium-137) Bodenbelastung ($p=0,011$). Nach 1987 ist keine Abweichung des Geschlechterverhältnisses vom Wert vor Tschernobyl für Bayern nachweisbar.

Mehr unter www.strahlentelex.de

Die vollständigen Berichte finden Sie in der aktuellen Ausgabe. Kostenloses Probeexemplar über strahlentelex@t-online.de

07.12.2009

Die Förderung von Erdöl und -gas belastet auch in Deutschland die Umwelt. Studien belegen, dass eine Gefahr bislang völlig ignoriert wurde: Radioaktivität, die bei der Förderung freigesetzt wird. Die Industrie verharmlost, die Bundesregierung schweigt.

<http://www.wdr.de/themen/wirtschaft/4/radioaktivitaet/1.jhtml?rubrikenstyle=wirtschaft>

=====

KRANKEITEN

28. 12. 2009

Krankenhauskeime

Desinfektionsmittel können Antibiotika-Resistenzen auslösen

Gefahrenquelle im Krankenhaus: Desinfektionsmittel können bei Bakterien offenbar die Entwicklung von Resistenzen gegen Antibiotika fördern - selbst wenn die Erreger nie zuvor mit den Medikamenten in Kontakt gekommen waren. Das zeigen Experimente irischer Forscher.

In Deutschland sterben jedes Jahr zwischen 10.000 und 15.000 Menschen, weil sie sich im Krankenhaus eine schwere Infektion zugezogen haben. Mitschuldig daran sind auch Bakterienstämme, die gegen Antibiotika resistent sind. Irische Forscher haben nun einen bisher unbekanntem Mechanismus gefunden, wie solche gefährlichen Stämme entstehen können: Stimmen die Erkenntnisse der Wissenschaftler, dann dürfte nicht nur der falsche Einsatz von Antibiotika an den Resistenzen schuld sein, sondern auch der Gebrauch von Desinfektionsmitteln. Fleming und Kollegen fordern nun, weitere Faktoren zu untersuchen, die zu einer Antibiotika-Resistenz beitragen könnten. Bisher nahmen Wissenschaftler an, dass Resistenzen nur entstehen, wenn

Antibiotika nicht alle Bakterien abgetötet haben. Dann bilden die überlebenden Mikroorganismen neue Bakterienstämme. Auf diese zeigt das eingesetzte Antibiotikum dann keine Wirkung mehr. Das Problem ist gravierend. "Grobe Schätzungen haben ergeben, dass weltweit mehr Menschen an Infektionskrankheiten durch resistente Bakterien sterben als an Aids", sagte etwa Uwe Frank, Klinischer Mikrobiologe am Institut für Umweltmedizin an der Universität Freiburg. Die Immunschwächekrankheit forderte 2007 zwei Millionen Todesopfer.
<http://www.spiegel.de/wissenschaft/medizin/0,1518,669307,00.html>

Antibiotikaresistente Mikroorganismen - eine Herausforderung

Antibiotika - die einstigen Wunderwaffen gegen ehemals tödliche Infektionskrankheiten - haben sich durch zu häufigen Gebrauch abgenutzt. Die Europäische Union hat den Handlungsbedarf erkannt und das Projekt BURDEN (Burden of Resistance and Disease in European Nations) ins Leben gerufen. Das EU-Projekt ist auf drei Jahre angelegt, hat ein Volumen von 1,8 Millionen Euro und wird vom Institut für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene am Universitätsklinikum Freiburg koordiniert.

http://www.biopro.de/standort/5_bioregionen/bioregio_freiburg/index.html?lang=de&artikelid=/artikel/02566/index.html

Hrsg: Franz Daschner, Markus Dettenkofer, Uwe Frank, Martin Scherrer

Praktische Krankenhaushygiene und Umweltschutz

3., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage

<http://www.spitalhygiene.ch/Html/PDF/Daschner/Inhaltsverzeichnis.pdf>

=====

INTERNET

Aus der Zeitschrift Umwelt-Medizin-Gesellschaft (umg) 4/2009:

Wolfgang Baur:

Zur Rolle der Patienten-Arzt-Beziehung im Kontext von Umwelt, Medizin und Gesellschaft

Verständnisprobleme zwischen Arzt und Patient sind schon lange Gegenstand von Studien. Meist geht es dabei um Einnahme von Medikamenten, v. a. um die Tatsache, ob verordnete Medikamente wirklich genommen werden. Allgemein ist die Therapietreue unidirektional von Patient gegenüber dem Arzt gemeint.

Neuerdings wird der Begriff compliance oder auch Adhärenz genannt und damit weitergehend definiert. Es geht um die Verständigung vom Arzt in der Rolle des Wächters über die wirtschaftliche Verordnung und vom Patienten in der Rolle des Käufers von medizinischer Ware - und umgekehrt, der Kontrolle des Patienten über die ärztlichen Handlungen.

Den Artikel ist mit freundlicher Genehmigung des Autors und der umg als pdf-Datei unter www.safer-world.org/d/lit/umg-409-Baur.pdf downzuladen

=====

INDUSTRIE

19. Februar 2010

Uno-Studie - Großkonzerne verursachen billionenschwere Umweltkosten

Es ist eine Studie, die für Aufsehen sorgen dürfte: Laut einer Uno-Erhebung haben die 3000 weltgrößten Konzerne 2008 Umweltschäden in Höhe von 2,2 Billionen Dollar verursacht.

Wissenschaftler sprechen von einem "absolut neuen Paradigma" in der Klimawandel-Debatte.

Hamburg - Müssten Unternehmen für die Schäden, die sie der Umwelt zufügen, zahlen, würde das ziemlich teuer werden: Einer noch unveröffentlichten Studie der Vereinten Nationen (Uno) zufolge würde das die weltgrößten Unternehmen ein Drittel ihres Gewinns kosten. Das berichtet die britische Zeitung "Guardian" am Freitag.

Die Studie, die von der Londoner Beratungsgesellschaft Trucost erstellt wurde und im Sommer veröffentlicht wird, kommt zu dem Ergebnis, dass der geschätzte Schaden im Jahre 2008 etwa 2,2 Billionen US-Dollar beträgt. Mehr als die Hälfte der berechneten Kosten wird durch den Klimawandel verursacht, der durch Treibhausgase entsteht. Ein weiterer großer Kostentreiber ist die Verschmutzung des Trinkwassers und der Luft durch Feinstaub.

"Wir sprechen von einem absolut neuen Paradigma", sagt Richard Mattison, Studienleiter bei Trucost. "Die globale Wirtschaft ist einem großen Risiko ausgesetzt. Die Märkte sind sich dessen nicht vollständig bewusst und wissen nicht, wie sie damit umgehen sollen."

Zumal die Rechnung einige Kostentreiber noch gar nicht berücksichtigt: Nicht darin enthalten sind die Schäden, die durch privaten und öffentlichen Konsum entstanden sind. Auch sind langfristigen Schäden abseits vom Klimawandel werden nicht quantifiziert. Der Abschlussbericht wird diese Dinge berücksichtigen. Der Schaden dürfte also die 2,2 Billionen Dollar noch übersteigen.

URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,678963,00.html>

=====

TV

02. 03. 2010

Frontal 21: **Gefahr im Büro - Drucker machen krank**

von Steffen Judzikowski und Herbert Klar

<http://frontal21.zdf.de/ZDFde/inhalt/7/0,1872,8043175,00.html>

Anmerkung Scherrmann:

Gut und ziemlich ungewöhnlich, dass die interviewten Wissenschaftler eindeutig Position beziehen.

22. 2. 2010

WDR Fernsehen: **Asbest! Ein Schadstoff kehrt zurück - die story -**

Ein Film von Inge Altemeier

Asbest ist seit mehr als einem Jahrzehnt in Deutschland verboten. Doch der giftige Staub kehrt zurück und das offenbar ganz legal.

<http://www.wdr.de/tv/diestory/sendungsbeitraege/2010/0222/index.jsp>

=====

TERMINE

Krank durch Schadstoffe

Erkennen - Messen - Vermeiden

14. Frankfurter Kolloquium

Am 13. März 2010 im DGB-Gewerkschaftshaus

Veranstalter: Selbsthilfegruppe für Chemikaliengeschädigte im Rhein-Main-Gebiet

Programmflyer <http://www.safer-world.org/d/Kolloquium.pdf>

=====

POLTIK - BEHOERDEN

=====

BUNDESTAG

3.03.2010

Umweltausschuss diskutiert Studie über erhöhtes Krankheitsrisiko durch Fluglärm

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Berlin: (hib/AS/LEU) Menschen, die im Umfeld von Flughäfen einer besonderen Lärmbelastung ausgesetzt sind, haben ein höheres Erkrankungsrisiko. So lautet das Fazit einer Studie von Professor Eberhard Greiser, die im Auftrag des Bundesumweltamtes erstellt und Mittwochvormittag im Umweltausschuss vorgestellt wurde. Für die Studie "Risikofaktor nächtlicher Fluglärm" hatte Greiser untersucht, ob Fluglärm zu ernsthaften Erkrankungen wie etwa Schlaganfällen führen kann. Basis seiner Untersuchung waren die Fluglärmkarten des Jahres 2004 und die Daten von rund einer Million Versicherter von acht gesetzlichen Krankenkassen. Dabei wurden die Fluglärmkarten mit den Adressdaten der Versicherten verglichen. Nach den Untersuchungen Greisers konnte dabei durch den nächtlichen Fluglärm sowohl ein erhöhtes Risiko von Schlaganfällen als auch für koronare Herzkrankheiten festgestellt werden. In einer ersten Studie hatte Greiser im Jahr 2006 bereits eine kausale Beziehung zwischen Fluglärm und der Entstehung von Bluthochdruck nachgewiesen.

....

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_03/2010_064/02.html

Patientenrechtegesetz

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/009/1700907.pdf>

9. 02. 2010

Neue Verordnung über Luftqualitätsstandards und Emissionshöchstmengen

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Berlin: (hib/HIL/STO) Um die Qualität der Luft in Deutschland zu verbessern, sollen künftig neue Grenzwerte zum Beispiel für ultrafeinen Feinstaub gelten. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP stimmte der Ausschuss für die 39. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (17/508 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/005/1700508.pdf>), die eine EU-Richtlinie (2008/50/EG http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_03/2010_057/02.html) in deutsches Recht umsetzen soll. Die Fraktion Die Linke stimmte gegen die Vorlage, die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen enthielten sich.

Mit der Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (39. BImSchV) werden alte Luftqualitätsrichtlinien neu strukturiert sowie neue Zielwerte und Methoden für die Überwachung der Luftreinheit festgelegt. Regelungen der alten 22. und 33. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz werden in dem neuen Regelwerk zusammengefasst. Die alten Grenzwerte der Richtlinien werden darin übernommen. Hinzu kommen neue Grenzwerte für kleinere Feinstäube wie PM 2,5. Außerdem sieht die Verordnung Fristverlängerungen für die Einhaltung von Grenzwerten bei Schadstoffemissionen vor.

Während sich Abgeordnete der Koalitionsfraktionen uneingeschränkt hinter die Verordnung stellten, kritisierten die SPD- und vor allem die Grünen-Fraktion, die Verordnung sei zwar ein Schritt in die richtige Richtung, bleibe aber weit hinter dem Möglichen zurück. Die Linksfraktion beklagte, dass in der Verordnung nicht grundsätzlich niedrigere Grenzwerte vorgesehen seien.

18.01.2010

Ernährung und Landwirtschaft/Antwort

Berlin: (hib/HAE/MPI) **Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit wird voraussichtlich im Sommer 2010 eine Studie über gesundheitsgefährdende Stoffe in Schuhen veröffentlichen.** Wie die Bundesregierung in einer Antwort (17/392

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/003/1700392.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke (17/321 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/003/1700321.pdf>) mitteilt, konzentrierten sich die Untersuchungen auf die so genannten polyzyklischen aromatischen Kohlenwasserstoffe. Über Anzahl und Art krebserregender Stoffe in Kinderspielzeugen, die seit dem 1. Januar 2008 bekannt wurden und Anlass für die Anfrage waren, lägen momentan jedoch keine Informationen vor. "Die Überwachung der Einhaltung der Sicherheitsanforderungen bei Spielzeugen obliegt [...] den Ländern", heißt es von Seiten der Regierung. Es werde aber eine Liste über "besonders besorgniserregende Stoffe", erstellt, die eine Informationspflicht seitens der Erzeuger nach sich ziehen wird. Momentan gebe es eine Regelung für Materialien, die in Kontakt mit Lebensmitteln geraten. Danach dürfen Stoffe, die krebserregend, erbgutverändernd oder fortpflanzungsgefährdend sein könnten, nicht nachweisbar sein. Die Regierung setzt sich nach eigener Darstellung auf EU-Ebene dafür ein, dass diese Regelung auch für Spielzeug übernommen wird.

Für den Verbraucher bestehe die Möglichkeit, sich über die Datenbank der Marktüberwachungsbehörden der EU oder dem Produktsicherheitsportal der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin weitergehend zu informieren.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_01/2010_009/06.html

12.01.2010

Regierung für Veröffentlichung klinischer Studien auf EU-Ebene Gesundheit/Antwort

Berlin: (hib/MPI/JOH) Die Bundesregierung will sich auf europäischer Ebene für die Bereitstellung klinischer Prüfdaten für die Öffentlichkeit einsetzen. Schon heute gebe es eine Registrierungspflicht für alle klinischen Prüfungen innerhalb der Europäischen Union in der so genannten EudraCT-Datenbank, die aber noch behördenintern sei, schreibt die Regierung in ihrer Antwort (17/349

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/003/1700349.pdf>) auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion (17/163 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/001/1700163.pdf>). "Dafür, dass ein Teil der Datenbank künftig auch öffentlich zugänglich sein wird, setzt sich das Bundesministerium für Gesundheit (BMG) auch auf europäischer Ebene ein", heißt es weiter. Konkret wirke das Ministerium in EU-Arbeitsgruppen zur Erarbeitung der erforderlichen EU-Leitlinien mit, "mit denen insbesondere die Datenfelder identifiziert und charakterisiert werden sollen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden".

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_01/2010_005/02.html

8. 01. 2010

Lagerung von Uranhexafluorid in Deutschland

Berlin: (hib/AS/MPI) In Deutschland lagern derzeit in der Urananreicherungsanlage Gronau (UAG) circa 4.700 Tonnen Uranhexafluorid (UF₆). Diese Zahl nennt die Bundesregierung in einer Antwort (17/253 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/002/1700253.pdf>) auf eine Kleinen Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen (17/96 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/000/1700096.pdf>) über die Lagerung und Sicherung von Uranhexafluorid. Bei dem Stoff handelt es sich um eine radioaktive Verbindung aus Uran und Fluor, der zur Urananreicherung eingesetzt wird. Der Urandurchsatz in der Urananreicherungsanlage Gronau betrug nach Schätzungen der Bundesregierung im Jahr 2009 rund 4.550 Tonnen. In ihrer Anfrage hatten sich die Grünen zudem danach erkundigt, warum Uranhexafluorid als "Wertstoff" und nicht als Atommüll eingestuft werde. Mit dem Verweis auf das Atomgesetz (AtG) schreibt die Regierung, dass es sich bei mit Uran-235 angereichertem UF₆ um einen Kernbrennstoff handle. UF₆ mit natürlicher Isotopenzusammensetzung und an Uran-235 abgereichertem UF₆ werde hingegen als sonstiger radioaktiver Stoff klassifiziert.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_01/2010_003/03.html

5. 01. 2010

Krebserregende Stoffe in Kinderspielzeug

Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/ELA/BOB) Was die Bundesregierung tut und tun will, um Kinder vor krebserregenden Schadstoffen in Spielzeugen zu schützen, will die Linksfraktion in einer Kleinen Anfrage (17/321 <http://dip.bundestag.de/btd/17/003/1700321.pdf>) wissen. Dabei geht es laut Fragesteller vor allem um polyzyklische aromatische Kohlenwasserstoffe (PAK), die bei der Verarbeitung von Gummi und elastischen Kunststoffen eingesetzt würden. Die Parlamentarier wollen daher erfahren, ob die Bundesregierung die Bewertung des Bundesinstituts für Risikobewertung teile, wonach die derzeit gültigen PAK-Werte die Gesundheit von Kindern nicht ausreichend schützten, und dass krebserregende Stoffe analog zum Lebensmittelrecht in Spielzeugen generell nicht nachweisbar sein sollten. Zudem interessiert sich die Linksfraktion unter anderem dafür, mit welchen Maßnahmen die Bundesregierung sicherstellen will, dass in Deutschland ab sofort keine Kinderspielzeuge mit kritischem PAK-Wert in die Hände der Verbraucherinnen und Verbraucher gelangt.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_01/2010_001/08.html

Verbreitung von Schädlingen mit und ohne Agro-Gentechnik

Ernährung und Landwirtschaft/Kleine Anfrage

Berlin: (hib/ELA/BOB) Detaillierte Informationen über Maisanbau, die Maisschädlinge Maiszünsler und Maiswurzelbohrer sowie weitere Schadinsekten und die Agrogentechnik möchte die Linksfraktion in einer Kleinen Anfrage (17/305 <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/003/1700305.pdf>) erfahren. "In der Debatte um die Risikotechnologie Agro-Gentechnik spielt das Argument der Kontrolle von Schadinsekten nach wie vor eine große Rolle", schreiben die Parlamentarier in ihrer Vorbemerkung. "Neben einer notwendigen umwelt- und verbraucherpolitischen Bewertung sowie einer Debatte über die agrartechnischen und sozioökonomischen Folgen des großflächigen Anbaus transgener Kulturpflanzen muss vor allem der Frage nach der Notwendigkeit transgener Pflanzen zur Schädlingskontrolle und nach möglichen Alternativen nachgegangen werden", heißt es weiter. Mit 27 Fragen will die Linksfraktion unter anderem mehr über die Schäden durch die Problem-Insekten, über Forschungsvorhaben, Erfahrungen im Ausland und den Runden Tisch zur Agro-Gentechnik erfahren.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2010_01/2010_002/04.html

16. 12 .2009

Fraktionen nicht zufrieden mit EU-Spielzeugrichtlinie

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Berlin: (hib/HIL/LEU) Alle Fraktionen im Bundestag sind ebenso wie die Bundesregierung mit der Europäischen Spielzeugrichtlinie nicht zufrieden. Die Mitglieder des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz lobten am Mittwochvormittag die Entscheidung der Bundesregierung, die Richtlinie nicht zu unterschreiben. Fraktionen und Bundesregierung fordern unter anderem deutlich strengere Grenzwerte und eine bessere Marktüberwachung. Bei der Richtlinie sei "dringender Nachbesserungsbedarf gegeben", sagte ein Vertreter der Bundesregierung im Ausschuss.

Es könne nicht sein, kritisierte eine Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass für Autoreifen bei bestimmten Stoffen niedrigere Grenzwerte gelten als bei Kinderspielzeug. Aus Reihen der SPD-Fraktion hieß es, ein großes Problem liege darin, dass das Chemikalienrecht Grundlage für Grenzwerte in Spielzeug sei und nicht das Lebensmittelrecht. In der EU-Spielzeugrichtlinie seien die geltenden Grenzwerte für bestimmte teilweise giftige Stoffe in Spielzeug nicht gesenkt, sondern erhöht worden, beklagte eine Sprecherin der CDU/CSU-Fraktion. Entscheidend bei Spielzeug für Kinder seien außerdem nicht nur die Chemikalien an sich, sondern die sogenannten Migrationswerte, also das, was aus einem Spielzeug an chemischen Substanzen freigesetzt wird und über Haut oder Schleimhäute in den Körper eindringen kann. Ein Sprecher der FDP-Fraktion sprach sich dafür aus, weitere Bestrebungen nicht auf die nationale Ebene zu beschränken, sondern auf europäischer Ebene zu handeln. Auch aus Reihen der Linksfraktion hieß es, die bisherige EU-Richtlinie sei unzureichend. Zum Schutz vor dem Import mangelhafter Spielzeuge aus dem Ausland müsse auch über Importverbote nachgedacht werden, forderte Die Linke.

Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_12/2009_308/02.html

9. 12. 2009

Im Bundestag notiert: **Atommülllager Asse II**

Umwelt/Kleine Anfragen

Berlin: (hib/AS/JOH) Das Atommülllager Asse II ist Thema von zwei Kleinen Anfragen von Bündnis 90/Die Grünen. In einer Kleinen Anfrage (17/89

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/000/1700089.pdf>) erkundigt sich die Fraktion unter anderem nach der genauen stofflichen Zusammensetzung und Aktivität von 515 Abfallgebinden , die in der Bundestagsdrucksache 17/29 Nr. 84 erwähnt werden. Außerdem möchten sie von der Bundesregierung Auskunft über die festgestellten Abweichungen hinsichtlich genauer stofflicher Zusammensetzung, Aktivität und Aggregatzustand von für die Asse bestimmten Altabfällen im Forschungszentrum Geesthacht. In einer zweiten Anfrage (17/91

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/000/1700091.pdf>) geht es um die Rechtsberatung und Informationspolitik beim Atommülllager Asse. Konkret fragt die Fraktion nach dem zuständigen Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium, der von 1994 bis 1998 für die Atommüllleinlagerung im Endlager Morsleben zuständig war und nach der 13. Wahlperiode als Berater in die Wirtschaft wechselte. Die Grünen wollen wissen, an wie vielen und welchen Treffen und Besprechungen der namentlich nicht genannte Beamte teilgenommen hat und wo diese genau stattgefunden haben. Pressemitteilung: http://www.bundestag.de/presse/hib/2009_12/2009_302/08.html

=====

Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR)

Pressemitteilungen 2010 (Stand 9. 03. 2010):

„Risiko“ oder „Gefahr“? Experten trennen nicht einheitlich
Zwei BfR-Studien zur Verwendung der Begriffe in der Risikokommunikation
04/2010, 26.02.2010

Kohlenmonoxid-Vergiftungen im Innenraum nehmen zu
BfR-Broschüre wertet Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen 2008 aus
03/2010, 03.02.2010

Toxoplasmose: unterschätzte Gefahr
BfR-Merkblatt zum Schutz vor Infektionen
02/2010, 15.01.2010

Lebensmittel - aber sicher
BfR informiert auf der Internationalen Grünen Woche zum richtigen Umgang mit Lebensmitteln
01/2010, 13.01.2010

Pressemitteilungen: <http://www.bfr.bund.de/cd/1804>

26.02.2010

„Risiko“ oder „Gefahr“? Experten trennen nicht einheitlich Zwei BfR-Studien zur Verwendung der Begriffe in der Risikokommunikation

Macht es einen Unterschied, ob von einem Stoff ein Risiko oder eine Gefahr ausgeht? Für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die Risiken im Bereich des gesundheitlichen Verbraucherschutzes bewerten, ist diese Unterscheidung von großer Bedeutung, für gesellschaftliche Akteure, die diese Bewertungen nutzen, spielt sie hingegen keine Rolle. ...

Aus den Ergebnissen der Untersuchungen folgt: Innerhalb von Expertengremien sind die Begriffe „Gefahr“ und „Risiko“ genau definiert. Für die Öffentlichkeit sollten Risikobewertungen jenseits dieser Begrifflichkeiten jedoch stets verständlich präsentiert und in einem Dialog mit

Rückkopplungsmöglichkeit vermittelt werden. Da die Unterscheidung zwischen den Begriffen „Gefahr“ und „Risiko“ den vorliegenden Untersuchungen zufolge für Experten aus der Wirtschaft, aus Nichtregierungsorganisationen und für Laien eher unerheblich ist, sollte dies in der Risikokommunikation generell Berücksichtigung finden. ...

Presstext online: <http://www.bfr.bund.de/cd/48560>

Dokumente:

-Evaluierung der Kommunikation über die Unterschiede zwischen „risk“ und „hazard“ (BfR-Wissenschaft 02/2009 vom 06.04.2009) (PDF-Datei, 1374 KB) blocked::
http://www.bfr.bund.de/cm/238/evaluierung_der_kommunikation_ueber_die_unterschiede_zwischen_risk_und_hazard.pdf

-Kommunikation von Risiko und Gefährdungspotenzial aus Sicht verschiedener Stakeholder (BfR-Wissenschaft 01/2010 vom 22.02.2010) (PDF-Datei, 1123.4 KB)
http://www.bfr.bund.de/cm/238/kommunikation_von_risiko_und_gefaehrungspotenzial_aus_sicht_verschiedener_stakeholder.pdf

Zitat aus der 2. Datei in der Zusammenfassung, S. 119:

"Forderung nach größtmöglicher Unabhängigkeit der Behörde von politischer Einflussnahme. ... **In Deutschland wird eine Informationsasymmetrie zwischen Wirtschaft und Behörden einerseits und der Bevölkerung andererseits attestiert.**"

Anmerkung Scherrmann:

Hervorhebung: Scherrmann.

Es ist erstaunlich, dass dieser Satz in einem BfR-Papier vorkommt.

Die Frage ist nun, ob diese Selbsterkenntnis irgendwelche Auswirkungen auf die zukünftige Arbeit des BfR hat, z. B. in Bezug auf Bisphenol A in Babyfläschchen . (siehe unter CHEMIKALIEN-BISPHENOL - A) oder in Bezug auf Duftstoffe.

03.02.2010

Kohlenmonoxid-Vergiftungen im Innenraum nehmen zu

BfR-Broschüre wertet Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen 2008 aus

Bei Vergiftungsfällen mit Kohlenmonoxid im Innenraum verzeichnete das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) im Jahr 2008 eine leichte Zunahme. Kohlenmonoxid-Vergiftungen sind ein Schwerpunkt der soeben erschienenen Broschüre „Ärztliche Mitteilungen bei Vergiftungen 2008“. Danach wurden in Deutschland insgesamt elf Fälle gemeldet, bei denen Erwachsene und Kinder durch den Betrieb eines Holzkohlegrills in ihren Wohnungen Gesundheitsschäden erlitten hatten. Die Broschüre beschreibt außerdem Vergiftungsfälle mit Kohlenmonoxid beim Aufenthalt in Indoor-Gokart-Anlagen. Sie ist kostenlos beim BfR erhältlich.

Anmerkung Scherrmann:

Fuer mich ist dies ein typisches Beispiel fuer die Arbeit des BfR:

Aktionismus in Randgebieten, zudem dort, wo es um individuelle Schuldzuschreibungen geht, Inaktivitaet bzgl. Substanzen, die in vielen Alltagsgegenständen enthalten sind und von der Industrie als unverzichtbar deklariert werden. Somit besteht auch bei den Forschungsthemen eine Asymmetrie.

=====

UBA

20.01.2010

Wie sauber ist die Luft in Deutschland?

Feinstaubwerte auch im Jahr 2009 erhöht – Stickstoffdioxidbelastung über dem ab 2010 einzuhaltenden Grenzwert

Das Umweltbundesamt (UBA) hat die Luftqualität des Jahres 2009 beurteilt. Die Auswertung beruht auf den vorläufigen Daten und ergibt folgendes Bild: An 55 Prozent der städtisch verkehrsnahen Luftmessstationen lagen im Jahr 2009 die Jahresmittelwerte der Stickstoffdioxidkonzentration (NO₂) über dem ab dem 1.1.2010 einzuhaltenden Grenzwert von 40 Mikrogramm/Kubikmeter Luft (µg/m³).

„Die Stickstoffdioxidbelastung im Jahr 2009 war ähnlich hoch wie in den beiden vergangenen Jahren. Es ist daher zu befürchten, dass der neue Grenzwert auch im Jahr 2010 an vielen Orten nicht eingehalten werden wird.“, sagt Jochen Flasbarth, Präsident des UBA.

Grenzwert-Überschreitungen treten vor allem in Städten und Ballungsräumen auf, also dort, wo auch ein Großteil der Bevölkerung lebt. Stickstoffoxide entstammen vornehmlich den Emissionen des Verkehrs sowie Verbrennungsprozessen in Industrie und Haushalten.

Auch die Feinstaub-Konzentrationen (PM₁₀) überschritten im Jahr 2009 erneut die bereits seit 2005 geltenden Grenzwerte - trotz Maßnahmen in Bund, Ländern und Kommunen. An 23 der insgesamt 408 Messstationen traten an mehr als 35 Tagen PM₁₀-Konzentrationen über 50 µg/m³ auf. An der Messstation Stuttgart Neckartor wurde zudem der auf das Jahresmittel bezogene PM₁₀-Grenzwert von 40 µg/m³ nicht eingehalten. Insgesamt war die Feinstaubbelastung im Jahr 2009 etwas höher als 2008, dem Jahr, mit der seit 2000 geringsten Luftbelastung durch Feinstaub

„Die ergriffenen Maßnahmen zur innerstädtischen Luftreinhaltung, wie die Einrichtung von Umweltzonen sowie die Verschärfung der Anforderungen an Kaminöfen und andere Kleinfeuerungsanlagen, waren richtig und hoch an der Zeit“, meinte Flasbarth.

Die vorläufige Auswertung der Luftqualitätswerte des Jahres 2009, auch im Vergleich zu den Vorjahren, steht im Internet unter:

http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennummer&Suchwort=3895; aktuelle Daten zur Luftqualität unter:
<http://www.umweltbundesamt.de/luft/immissionssituation/index.htm>

Presseinfo: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/presseinfo-aktuell.htm>

01.03.2010

Fluglärm macht krank

Studie am Flughafen Köln/Bonn zeigt erhöhtes Risiko für Kreislauferkrankungen durch Nachtfluglärm

Rund ein Drittel der Bevölkerung klagt über Fluglärm - das zeigen repräsentative Umfragen des Umweltbundesamtes (UBA). Hochgradig belästigt fühlen sich fünf Millionen Bürgerinnen und Bürger. Die Klagen der Bevölkerung sind begründet, wie auch die neue UBA-Studie „Risikofaktor nächtlicher Fluglärm“ von Prof. Greiser zeigt. Für Herz- und Kreislauferkrankungen ist nachgewiesen: Im Vergleich zu Personen, die keinem Fluglärm ausgesetzt sind, steigt das Erkrankungsrisiko betroffener Personen mit zunehmender Fluglärmbelastung. Auch bei psychischen Erkrankungen findet sich ein relevanter Befund: Bei Frauen sind die Erkrankungsrisiken für Depressionen signifikant erhöht.

Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit der vorausgegangenen „Arzneimittelstudie“ des UBA, die höhere Medikamentenverschreibungen bei Personen nachwies, die nächtlichem Fluglärm ausgesetzt sind. Eine große Studie im Umfeld verschiedener europäischer Flughäfen (HYENA-Studie) aus dem Jahr 2008 stellte ebenfalls fluglärmbedingte Gesundheitsrisiken fest: Personen, die verstärkt vom Nachtfluglärm betroffen sind, weisen häufig höhere Blutdruckwerte auf, als Menschen in ruhigeren Wohngebieten. „Die aktuellen Ergebnisse zeigen, dass wir mehr tun müssen, um Bürgerinnen und Bürger vor Lärm zu schützen. Wir sollten im Sinne einer nachhaltigen Mobilität, kritisch darüber nachdenken, welche Nachtflüge wirklich notwendig sind“, sagte UBA-Präsident Jochen Flasbarth.

Vom Flughafen Köln/Bonn werden freiwillige Schallschutzmaßnahmen angeboten. Diese reduzieren zwar die Lärmrisiken, können jedoch die gesundheitlichen Fluglärmwirkungen nicht vollständig verhindern. Bedingt durch die Besonderheiten des Flugbetriebs - der Flughafen Köln/Bonn hat einen relativ hohen Nachtfluganteil - sollten weitere Analysen folgen. Bisher gibt es beispielsweise noch keine Antwort auf die Frage, ob eine direkte Übertragung der Studienergebnisse zum Risiko durch nächtlichen Fluglärm auf andere Flughäfen möglich ist.

Die Studie „Risikofaktor nächtlicher Fluglärm“ ist im Internet abrufbar unter http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3774 – Anlagen unter http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3775 .

Weitere Information zum Thema auf den Internetseiten des UBA:

Lärmbelästigung: Umweltbewusstsein in Deutschland 2008, Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage:

http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3678

Arzneimittelstudie: Greiser E, Greiser C, Janhsen K. Beeinträchtigung durch Fluglärm: Arzneimittelverbrauch als Indikator für gesundheitliche Beeinträchtigungen; Forschungsprojekt im Auftrage des Umweltbundesamtes:

http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/mysql_medien.php?anfrage=Kennnummer&Suchwort=3153

HYENA-Studie: Presseinformation 003/2008; Hypertension and Exposure to Noise Near Airports: the HYENA Study Jarup, Babisch, und andere:

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2008/pd08-003.htm>

Aktionsprogramms Umwelt und Gesundheit:

APUG - Newsletter Nr. 24, 5. März 2010
Newsletter der Geschäftsstelle des (APUG)

Umwelt- und Gesundheitspolitische Nachrichten:

Fluglärm macht krank
Aktualisierte Leitlinie zur primären Allergieprävention
Feinstaubwerte auch im Jahr 2009 erhöht
Nachtrag zur Stoffmonographie Quecksilber
Aktualisierte Referenzwerte für Schadstoffe in Urin oder Blut von Kindern in Deutschland
HBM-Werte für Blei im Blut ausgesetzt
Weltgesundheitstag 2010: "Gesundheitsförderung in Städten"
Frauenansichten 2010. Lese kalender zum Thema Umwelt und Gesundheit

...

<http://www.apug.de/aktuelles/index.htm>

Ausgewählte Pressemitteilungen zum Thema Umwelt und Gesundheit:

<http://www.apug.de/presse/index.htm>

Newsletter-Archiv und Stichwortverzeichnis: <http://www.apug.de/newsletter/nl-archiv.htm>

UmweltMedizinischer InformationsDienst (UMID): <http://www.umweltbundesamt.de/umid/index.htm>

=====

UMWELTRAT - Sachverständigenrat für Umweltfragen

Aktuelle Stellungnahme des SRU "Für eine zeitgemäße Gemeinsame Agrarpolitik"

Am 14. Januar 2010 stellt der Sachverständigenrat für Umweltfragen seine Aktuelle Stellungnahme zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik vor. Auf der Veranstaltung werden auch die Präsidentin des Bundesamtes für Naturschutz, Frau Prof. Dr. Beate Jessel, der Vorsitzende des wissenschaftlichen Beirats Agrarpolitik des BMELV Prof. Dr. Folkhard Isermeyer und der Leiter des Berliner OECD-Büros Heino von Meyer ihre Einschätzungen zum Reformbedarf der Agrarpolitik vorstellen und die Stellungnahme des SRU kommentieren. ...

http://www.umweltrat.de/cae/servlet/contentblob/812334/publicationFile/50105/2009_11_Stellung_14_GAP.pdf

=====

Newsletter EU-Umweltbüro

Aktuelle EU-News

- **Chemie: Mehr als die Summe einzelner Teile – Bericht über Chemie-Cocktails**
(2010-02-25)
- **Europäische Kommission organisiert sich neu: Generaldirektionen für Energie und Klimapolitik** (2010-02-25)

Newsletter: [http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-](http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2343&nummer=9/2010&zg=13)

[bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2343&nummer=9/2010&zg=13](http://www.eu-umweltbuero.at/cgi-bin/newsletter/eunews.pl?aktion=framebau&newsid=2343&nummer=9/2010&zg=13)

News: <http://www.eu-umweltbuero.at/eunews/index.htm>

=====

RKI (Robert-Koch-Institut)

23.02.2010

Verbreitung von Krebserkrankungen in Deutschland

Die in diesem Beitrag zur Gesundheitsberichterstattung erstmalig vorgelegten Schätzungen zur Verbreitung (Prävalenz) von Krebserkrankungen in Deutschland zwischen 1990 und 2010 wurden vom Robert Koch-Institut auf der Basis der jährlichen Neuerkrankungsraten und Überlebensraten ermittelt. Die Daten liegen auch differenziert für 20 ausgewählte Krebslokalisationen vor und sind deshalb von hoher gesundheitspolitischer Brisanz, weil sich an diesen Schätzungen die Größenordnungen festmachen lassen, in denen das Gesundheitssystem Ressourcen für die Patientenversorgung bereit halten muss, in welcher Höhe Kosten entstehen und welche Entwicklungen künftig zu erwarten sind.

http://www.rki.de/cln_160/nn_204124/DE/Content/GBE/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsB/Krebspraevalenz,templateld=raw,property=publicationFile.pdf/Krebspraevalenz.pdf (kostenlos downloadbar)

Ausschnitt:

Seite 156: Zusammenfassung

"3.21 Krebs gesamt

Kernaussagen: Neben dem fortgeschrittenen Alter, der das Erkrankungsrisiko für fast alle Krebsarten erheblich erhöht, sind viele weitere Risikofaktoren bekannt, unter anderem bestimmte chronische Infektionen (z. B. Virushepatitis, HPV-Infektion), Genussmittelkonsum (Tabak und Alkohol), Ernährungsgewohnheiten, berufsbedingte Exposition mit krebserregenden Stoffen (Asbest) sowie umweltbedingte Belastungen (UV-Strahlung). Welche Rolle genetische Faktoren im Einzelnen spielen, ist für die meisten Tumorarten noch Gegenstand der Forschung"

Anmerkung Scherrmann: Die Hinweise auf krebserregenden Chemikalien und Strahlenbelastungen als Risikofaktoren sind hier und im gesamten Papier meines Erachtens äußerst dauerhaft. Die schon vorhandene umfangreiche Literatur wird weitgehend ignoriert.

08.01.2010

Neues GBE-Heft: Krankheitskosten

Welche Krankheit verursacht bei wem und in welcher Einrichtung des Gesundheitswesens welche Kosten? Wieso überschreiten die Krankheitskosten der Frauen die der Männer um fast 36 Milliarden Euro? Auf welche Krankheiten sind bei älteren Menschen die höchsten Kosten zurückzuführen und auf welche bei Kindern und Jugendlichen? Krankheitskosten sind das Thema des 48. Heftes der Gesundheitsberichterstattung (GBE), es umfasst rund 30 Seiten. Das neue GBE-Heft „Krankheitskosten“ schließt eine dreiteilige Reihe volkswirtschaftlicher Betrachtungen des Gesundheitswesens im Rahmen der Gesundheitsberichterstattung des Bundes ab. Zuvor erschienen bereits die GBE-Hefte 45 (Ausgaben und Finanzierung des Gesundheitswesens) und 46 (Beschäftigte im Gesundheitswesen). ...

Das GBE-Heft 48 "Krankheitskosten" ist kostenlos abrufbar unter http://www.rki.de/cln_151/nn_204544/DE/Content/GBE/Gesundheitsberichterstattung/GBEDownloadsT/Krankheitskosten,templated=raw,property=publicationFile.pdf/Krankheitskosten.pdf

=====

Ende des newsletter/d/123

Wie ueblich koennen Sie diesen newsletter auch unter

<http://www.safer-world.org/d/newsletter/2010/123.htm> als htm- oder unter

<http://www.safer-world.org/d/newsletter/2010/123.pdf> als pdf-Datei downloaden.

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffszeile an info@safer-world.org

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: (+ 49) 7352 940529

email: Scherrmann@safer-world.org , info@safer-world.org,

web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges nicht-kommerzielles internationales Internet-Informationen-Netzwerk für eine gesündere Umwelt